

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich Umwelt und Technik	Datum 04.04.2003
	Schriftführer Hans-Jörg Fedder
	Telefon-Nr. 02202/141382
Niederschrift	
Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr	Sitzung am Donnerstag, 20. März 2003
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 21:17 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) 19:59 Uhr - 20:11 Uhr
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnungspunkt	
Inhalt	

A Öffentlicher Teil

1. **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
Seite 4

2. **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 06.02.2003 - öffentlicher Teil**
Seiten 4 f

3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 06.02.2003 - öffentlicher Teil**
14/2003
Seite 5

4. **Mitteilungen des Vorsitzenden**
Seite 5

5. **Mitteilungen der Bürgermeisterin**
Seite 5

6. **Feststellung des Jahresabschlusses 2001 für das Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach**
129/2003
Seiten 6 f

7. **Feststellung des Jahresabschlusses 2001 für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach**
130/2003 *Seiten 7 f*
8. **Feststellung des Jahresabschlusses 2001 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Stadtgrün Bergisch Gladbach"**
131/2003 *Seite 8*
9. **Haushaltsplanentwurf 2003**
108/2003 *Seiten 8 ff*
10. **Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Stadtgrün Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2003**
112/2003 *Seiten 13 ff*
11. **Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2003**
111/2003 *Seiten 15 ff*
12. **Straßenbauprogramm 2002/2003 (Deckenbaumaßnahmen) hier: Schlodderdicher Weg, Cederwaldstraße, Cederstraße**
177/2003 *Seite 17*
13. **Wirtschaftsplan des Abwasserwerks für das Wirtschaftsjahr 2003**
109/2003 *Seiten 17 f*
14. **Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes für das Wirtschaftsjahr 2003**
110/2003 *Seiten 18 f*
15. **Erlass der III. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Kommunalabgabengesetz (KAG NRW) für straßenbauliche Maßnahmen in der Stadt Bergisch Gladbach**
102/2003 *Seiten 19 f*
16. **Parkraumbewirtschaftung**
154/2003 *Seiten 20 ff*
17. **Abschluss einer Abstimmungsvereinbarung mit der Duales System Deutschland AG (DSD AG)**
189/2003 *Seite 23*
18. **Abfallmengenstatistik 2002**
155/2003 *Seite 23*
19. **Anträge der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 18.02.2003 u. a. zum Verzicht auf weitere Gutachten zur Anbindung an das Merheimer Kreuz**
38/2003 *Seite 23*
20. **Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 20.02.2003 zur Errichtung**

- | | | |
|------------|--|--------------------|
| | einer Geschwindigkeitsmessanlage „In der Auen“ | |
| | 204/2003 | <i>Seite 23</i> |
| 21. | Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 24.02.2003 zum Haushaltsentwurf 2003 | |
| | 149/2003 | <i>Seite 24</i> |
| 22. | Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 17.02.2003 zur Kosteneinsparung am Busbahnhof Bergisch Gladbach | |
| | 25/2003 | <i>Seite 24</i> |
| 23. | Antrag der Fraktion KIDitiative ohne Datum, eingegangen am 11.03.2003, zum vorläufigen Verzicht auf die Überdachung der Stadtpergola des Busbahnhofes | |
| | 202/2003 | <i>Seite 24</i> |
| 24. | Anfragen der Ausschussmitglieder | <i>Seiten 24 f</i> |

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Kremer, eröffnet die 24. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr in der sechsten Wahlperiode des Rates der Stadt Bergisch Gladbach und stellt fest, dass ordnungsgemäß und rechtzeitig eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Auf Bitten des Agendabeauftragten, Herrn Mai, verweist er auf einen Bericht im WDR, Lokalzeit, zur Weidenschnecke in der Grube Weiß. Die Sendung beginnt um 19.30 Uhr.

Weiterhin verweist er auf einen Antrag der CDU-Fraktion zum KAG, der als Tischvorlage verteilt wurde. Dem Antrag wurde dadurch stattgegeben, dass die Angelegenheit als TOP A 14 in der heutigen Sitzung behandelt wird.

Abschließend verweist er auf die Vorlage zur Deckenbaumassnahme Cederwald u. a., die im Anschluss an TOP A 11 behandelt wird.

2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 06.02.2003 - öffentlicher Teil

Herr Ziffus verweist auf die Vorstellung des Konzeptes zum Bau des neuen Busbahnhofs in der letzten Sitzung. Inzwischen sei bekannt, dass Gladium und Kaskade nicht wie geplant gebaut würden. Er möchte wissen, ob dies Auswirkungen auf die Konzeption des Busbahnhofs habe.

Herr Schmickler verneint diese Frage. Die bisherigen Planungen von Gladium und Kaskade hätten weder räumliche noch konzeptionelle Überschneidungen mit dem Busbahnhof.

Herr Ziffus weist auf die Ankündigung hin, Herr Widdenhöfer würde zur Zone 30 „In der Auen“ über das Gespräch mit der Bürgerinitiative berichten und fragt nach einem entsprechenden Vortrag.

Herr Widdenhöfer erklärt, dass Gespräch habe nicht stattgefunden, da der Termin von der Bürgerinitiative ohne Angabe von Gründen sehr kurzfristig abgesagt wurde.

Herr Dr. Fischer vermisst die Antworten auf zwei seiner Anfragen aus der letzten Sitzung, und zwar zu den Fragen 2 (Resteliste) und 3 (konkrete Maßnahmen zu Standardreduzierungen). Beide Listen wurden nicht vorgelegt, werden aber zur Vorbereitung der nächsten Ratssitzung kurzfristig benötigt.

Herr Sterzenbach erklärt, dass die Resteliste vom Fachbereich 2 zugesagt wurde, ohne dass er einen genauen Termin für deren Vorlage angeben könne.

Eine verwaltungsweite Liste zu Standardreduzierungen sei ihm nicht bekannt. Die Frage sei aber an die Kämmerei weitergeleitet worden; er werde diesbezüglich nachfragen. Zu den beiden bezuschussten Eigenbetrieben in der Zuständigkeit dieses Ausschusses seien die Angaben in den jeweiligen Wirtschaftsplänen enthalten.

(Anmerkung des Schriftführers: Angaben zu Haushaltsresten wurden dem Finanz- und Liegenschaftsausschuss in seiner Sitzung am 03.04.2003 und dem Rat in seiner Sitzung am 10.04.2003 zur Verfügung gestellt. Darüber hinausgehende Unterlagen stehen der Verwaltung nicht zur Verfügung.)

Die Niederschrift wird ansonsten genehmigt.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 06.02.2003 - öffentlicher Teil

Herr Waldschmidt verweist nochmals auf den angekündigten Bericht Herrn Widdenhöfers zum Gespräch mit der Bürgerinitiative wegen der Zone 30 „In der Auen“.

Herr Widdenhöfer erklärt, zum Zeitpunkt der Drucklegung der Vorlage sei er noch von dem genannten Gespräch ausgegangen. Erst am 05.03., also einen Tag vor dem geplanten Gespräch, sei dieses von der Bürgerinitiative ohne Angabe von Gründen abgesagt worden.

Frau Ryborsch verweist auf einen ihr vorliegenden Brief der Bürgerinitiative vom 12.03. an die Bürgermeisterin zu diesem Thema. Darin beklage die Bürgerinitiative, die Bürgermeisterin würde ein Gespräch ablehnen. Weiterhin erinnert sie daran, dass das Ergebnis der Beratung zu den Fluglärmmessungen der Bürgermeisterin als Vorsitzender dieser Kommission mitgeteilt werden sollte. Hierzu vermisse sie einen Bericht.

Herr Widdenhöfer erklärt, er habe unmittelbar nach der Februar-Sitzung die Bürgerinitiative unter Zusammenfassung des Ausschussbeschlusses angeschrieben und von dieser drei Terminvorschläge erhalten. Vereinbart wurde als Termin der 06.03., der einen Tag vorher schriftlich ohne Angabe von Gründen abgesagt wurde.

Herr Sterzenbach erklärt, das Beratungsergebnis zu den Fluglärmmessungen sei der Bürgermeisterin mitgeteilt worden. Er habe die Beratungen so verstanden, am jetzigen Standort eine zweite Messreihe durchzuführen und zu versuchen, die aufgetretenen Unstimmigkeiten mit dem Flughafen aufzuklären. Die eigene Messreihe solle ausgewertet werden. Diese Ergebnisse sollten in die dem Abschluss der Auswertung folgende Kommission eingebracht werden.

Im Übrigen wird die Vorlage zur Kenntnis genommen.

4 Mitteilungen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende, Herr Kremer, trägt keine Mitteilungen vor.

5 Mitteilungen der Bürgermeisterin

Herr Sterzenbach berichtet kurz über das Projekt Weidenschnecke.

Weitere Mitteilungen werden nicht vorgetragen.

6 Feststellung des Jahresabschlusses 2001 für das Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach

Der Vorsitzende, Herr Kremer, begrüßt zu den vorliegenden Jahresabschlüssen den Prüfer, Herrn Stoeber.

Herr Stoeber erklärt, aus seiner Sicht bestehe kein Anlass, zu bestimmten Punkten vorzutragen.

Frau Ryborsch hält es für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN für wünschenswert, im Hinblick auf das CBL alsbald den Jahresabschluss 2002 für das Abwasserwerk zu bekommen.

Herr Sterzenbach erklärt, der Jahresabschluss 2002 erfolge im gleichen Zeitraum wie der Jahresabschluss 2001. Er sehe aber keine Auswirkungen der Bilanz auf das Cross-Border-Leasing. Die hierfür erforderliche Bewertung des Abwasserwerkes im Rahmen eines CBL erfolge nach US-Maßstäben.

Herr Ziffus ist der Auffassung, dass die Jahresabschlüsse spätestens ein halbes Jahr nach Ende des Wirtschaftsjahres vorliegen sollten.

Hierzu erklärt Herr Bertram, die Betriebssatzungen würden vorschreiben, dass aus Sicht des Betriebes die Jahresabschlüsse ein halbes Jahr nach Ablauf des Wirtschaftsjahres vorliegen müssen. Dies sei auch gewährleistet. Davon unabhängig sei die Prüfung durch den beauftragten Wirtschaftsprüfer. Hierfür gebe es eine Frist von neun Monaten.

Herr Dr. Fischer sieht es für die F.D.P.-Fraktion als Sinn der Jahresabschlüsse an, die Ergebnisse als Grundlage für die Kalkulation des Folgejahres zu benutzen. Dazu müssten die Jahresabschlüsse vorbehaltlich der Prüfung durch die Wirtschaftsprüfer und die Bezirksregierung rechtzeitig dem Ausschuss vorliegen.

Weiterhin verweist er auf die zukünftigen Unterschiede zwischen den Regenwasser- und den Abwassergebühren. Er möchte wissen, wie die zu erwartenden Investitionen zur Regenwassersanierung zum Schutz vor Überflutungen verteilt werden.

Herr Bertram erklärt, maßgeblich für die Gebührenkalkulation sei die Kostenrechnung. Für die Gebührenkalkulation werde ein Planbetriebsabrechnungsbogen erstellt. Die Daten hierfür lägen zum erforderlichen Zeitpunkt vor und wären Grundlage der Beschlussfassung durch den Ausschuss.

Alle für den Regenwasserbereich anfallenden Investitionen würden sich in der Regenwassergebühr wiederfinden. Die Kostenmasse werde aufgeteilt in einen Anteil, der auf die Gebührenzahler entfalle, während der Anteil für die Oberflächenentwässerung der öffentlichen Straßen und Plätze ausgesondert werde. Letzterer werde vom Betrieb Verkehrsflächen getragen.

Auf Nachfrage Herrn Dr. Fischers erklärt Herr Bertram, dass die Kosten nach dem Verursachungsprinzip verteilt werden.

Herr Ziffus möchte für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wissen, ob die Kosten für Straßenentwässerung ausreichend kalkuliert sind, wenn vom nächsten Jahr an von einer Steigerung von nur 200.000,--€ ausgegangen wird.

Herr Bertram hält eine Prognose für schwierig, da mehrere Faktoren zusammenkommen. Da es sich nur um eine Planrechnung handele, können die tatsächlichen Kosten davon in die eine oder andere Richtung abweichen.

Herr Wagner ergänzt, dass in den nächsten Jahren erhebliche Investitionen getätigt werden müssten. Auf Regenwasserklärung und -rückhaltung allein würden relativ große Summen entfallen. Derzeit sei die Gebührenentwicklung nur schwer zu schätzen.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach, wie folgt zu beschließen:

Der Rat stellt vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW

1. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.2001 in
Aktiva und Passiva mit 319.947.050,60 DM,

die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem
Jahresüberschuss von 566.566,89 DM
und
2. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO den Lagebericht 2001 fest.
3. Der Jahresüberschuss 2001 wird gemäß § 10 Abs. 3 EigVO dem Rücklagekapital für allgemeine Zwecke zugeführt.

7 **Feststellung des Jahresabschlusses 2001 für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach**

Herr Waldschmidt weist auf die deutliche Erhöhung von 20% bei den Personalkosten hin. Seine Frage beantwortet Herr Stoeber dahingehend, dass die Steigerung der Personalkosten ganz wesentlich durch die Eingliederung der Werkstatt verursacht werde. Die Kosten für die Personalgestaltung durch die EBGL würden aus den Seiten 10 und 11 des Lageberichtes aus dem Betriebsaufwand hervorgehen.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach wie folgt zu beschließen:

Der Rat stellt vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW

1. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.2001 in
Aktiva und Passiva mit 16.215.960,30 DM,

Die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem
Jahresüberschuss von 77.449,19 DM
2. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO den Lagebericht 2001 fest.

3. Der Jahresüberschuss 2001 wird gemäß § 10 Abs. 3 EigVO dem Rücklagekapital für allgemeine Zwecke zugeführt.

8 Feststellung des Jahresabschlusses 2001 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Stadtgrün Bergisch Gladbach"

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach wie folgt zu beschließen:

Der Rat stellt vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW

1. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.2001 in
Aktiva und Passiva mit 41.200.210,30 DM,

die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem
Jahresverlust von 539.445,88 DM
und
2. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO den Lagebericht 2001 fest.
3. Der Jahresverlust 2001 wird aus dem Rücklagekapital für allgemeine Zwecke entnommen

Der Vorsitzende, Herr Kremer, bedankt sich bei Herrn Stoeber für seine Arbeit.

9 Haushaltsplanentwurf 2003

Herr Sterzenbach erläutert die Vorlage.

Er erklärt, dass die Kosten für die Fluglärmmessstation für das Jahr 2003 entgegen der in der Vorlage ausgewiesenen 44.000 € lediglich 20.000 € betragen würden. Dies läge daran, dass nicht alle Auftragssegmente durchgeführt würden. Insofern würden die unter Punkt 7.1 des Haushaltssicherungskonzeptes (s. S. 27 der Einladung) dargestellten Einsparungen ab 2004 ff auch 20.000 € betragen.

Nach kurzer Diskussion erzielt der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr Einvernehmen darüber, die Tagesordnungspunkte A 18, A 20, A 21 und A 22 gemeinsam mit diesem Tagesordnungspunkt zu behandeln.

Frau Ryborsch begrüßt die Minimierung der Kosten für die Fluglärmmessstation. Eine Aufgabe der Messstation bzw. eine weitere Kostenreduzierung halte sie angesichts der Lärmsituation nicht für hinnehmbar.

Herr Sterzenbach verweist darauf, dass die Vorlage mit der Bürgermeisterin abgestimmt wurde. Die Messreihe solle während der fluglärmreichsten Monate (März bis

September) am jetzt neuen Standort fortgeführt werden. Die Messstelle des Flughafens befinde sich in unmittelbarer Nähe dieses Standortes. Hierdurch ergebe sich ein direkter Vergleich der erzielten Messungen. Für die Zeit von 2004 an würden die Maßgaben des Haushaltssicherungskonzeptes hier durchgreifen, da es sich um eine freiwillige Leistung handele.

Herr Dr. Fischer möchte wissen, ob zur Einsparung beschlossene Maßnahmen unwiederbringlich verloren seien. Weiterhin beantragt er für die F.D.P.-Fraktion, die Veranstaltungs- und Sachkosten (lokale Agenda) auf die Hälfte zu kürzen und gutachterliche Untersuchungen für 7-36 (Hst. 120 655 04) auf 15.000,-€ zu kürzen.

Herr Sterzenbach hält es für prinzipiell möglich, die Arbeit der Fluglärmmessstation über 2004 hinaus fortzuführen, wenn ihre Ergebnisse dies rechtfertigen würden. Dies müsse dann eben nur durch einen anderen Kostenträger oder mit ehrenamtlicher Arbeit erfolgen.

Die Kosten für die Veranstaltungs- und Sachkosten (lokale Agenda) würden auf einem Beschluss des Hauptausschusses beruhen, der die Verteilung von Landeszuschüssen regelte. Eine Ersparnis für den Haushalt ergebe sich durch einen Verzicht auf diese Mittel nicht. Bei dem Titel „Gutachterliche Untersuchungen“ handele es sich um externe Zuarbeiten im DV- und Softwarebereich zu den letzten Arbeiten als Vorbereitung eines Ökokontos. Dieser Titel würde 2004 auslaufen.

Frau Ryborsch beantragt für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN u. a. wegen des zunehmenden Flugverkehrs in Köln/Bonn den dauernden Erhalt der Fluglärmmessstation und die Vertagung der Entscheidung in die Sitzung des Finanzausschusses. In dieser Zeit könnten mit der Fluglärmgemeinschaft Gespräche über den Betrieb der Messstation geführt und weitere Finanzierungsmodelle geprüft werden.

Herr Sterzenbach hält diese Prüfung bis zur Sitzung des Finanzausschusses für unmöglich. Er verweist aber auf Gespräche mit der örtlichen Lärmschutzgemeinschaft. Diese benötige ebenfalls Zeit für die Prüfung, ob sie die Messstation betreiben könne.

Frau Ryborsch begründet den Antrag ihrer Fraktion zur Überdachung der Fahrradstände am Zentralen Omnibusbahnhof. Sie bemängelt, dass die Verwaltung keine Alternativen angeboten habe. Sie halte überdachte Fahrradstände für sehr sinnvoll und erwarte von der Verwaltung konstruktive Vorschläge für eine Finanzierung.

Herr Schmickler erinnert an die diesbezügliche Diskussion in der vorherigen Ausschusssitzung und verweist darauf, dass die Konzeption des ZOB überdachte Fahrradstände vorsehe.

Herr Waldschmidt hält für die SPD-Fraktion die weitere Beibehaltung der Fluglärmmessstation für sinnlos. Ergebnisse lägen bereits vor, wären aber rechtlich völlig belanglos. Daher beantragt er die sofortige Einstellung der Messstation und ihre Veräußerung. Der Vertrag mit dem Gutachter solle nicht verlängert werden.

Herr Sterzenbach verweist darauf, dass die Messstation jedenfalls nach den im Rechtssinne geltenden Standards betrieben werde.

Herr Widdenhöfer ergänzt, dass noch ein Prozess Rösrather Bürger anhängig sei, in dem die Stadt Bergisch Gladbach Beigeladene sei. Für diesen Prozess würden auch die Ergebnisse der Messstation benötigt.

Herr Ziffus hält den Betrieb der Messstation nach wie vor für sinnvoll. Er meint, bereits eine Änderung der Flugrouten erkennen zu können.

Er spricht sich dafür aus, die Anträge zum Haushalt abstimmen zu lassen und begrün-

det ebenfalls die Anträge seiner Fraktion.

Herr Wolfgarten erinnert daran, dass in den letzten Jahren der Haushalt im Ausschuss ohne eine Beschlussfassung beraten wurde. Da sich diese Praxis bewährt habe, spricht er sich für die CDU-Fraktion für eine Beibehaltung dieser Vorgehensweise aus.

Die CDU-Fraktion folge weitgehend dem Beschlussvorschlag der Verwaltung, empfiehlt dem Finanz- und Liegenschaftsausschuss aber hinsichtlich der Fluglärmmessstation die Variante a). Nach seiner Auffassung werde die Messstation nicht benötigt. Die Verwaltung solle möglichst einen höheren Betrag als 14.500 € erzielen.

Unter Hinweis auf Herrn Sterzenbachs Ausführungen zu den Gutachterlichen Untersuchungen für 7-36 möchte Frau Schu wissen, ob sie sich auf die übrigen Betragsangaben aus der Vorlage verlassen könne. Dies wird von Herrn Sterzenbach bejaht.

Herr Jung erinnert an den Beschluss zum ZOB aus der letzten Ausschusssitzung und verweist darauf, dass sie von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN gewünschten überdachten Fahrradständer in einem zweiten Bauabschnitt gebaut werden sollen. Er äußert für die CDU-Fraktion sein Unverständnis darüber, dass in der heutigen Sitzung wiederum der Beschluss zum ZOB diskutiert werde.

Herr Wenzel ändert den Antrag der Fraktion KIDitiative zu TOP A 22 dahingehend, dass der Bau der Stadtpergola und der südlichen Haltestellenüberdachung um ein Jahr zurückgestellt werden. In der letzten Sitzung sei dargelegt worden, dass die wichtigsten Buslinien am nördlichen Bussteig halten würden. Durch eine Rückstellung der Baumaßnahme würden der Stadt erhebliche Kosten erspart.

Herr Ziffus erklärt, da die Vorlage zum Busbahnhof nicht fristgerecht vorgelegt wurde, gebe es nach Ansicht der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN keinen rechtsgültigen Beschluss zum neuen Busbahnhof.

Herr Waldschmidt teilt für die SPD-Fraktion die Auffassung Herrn Jungs, dass heute keine Beschlüsse in Haushaltsangelegenheiten gefasst werden sollten. Daher würde sich die SPD-Fraktion nicht an Beschlüssen zu haushaltsrelevanten Dingen mit Ausnahme seines eigenen Antrages zur Fluglärmmessstation und der Punkte, die die Wirtschaftspläne betreffen, beteiligen.

Herr Schmickler erklärt unter Verweis auf § 1 Abs. 3 der Geschäftsordnung, zum Thema Busbahnhof habe rechtzeitig eine Vorlage zur Verfügung gestanden. Es sei nicht geregelt, wie umfangreich diese Vorlage sein müsse. Insofern sei die Auffassung Herrn Ziffus' unzutreffend.

Herr Dr. Fischer ändert den Antrag seiner Fraktion dahingehend, dass für die Veranstaltungs- und Sachkosten (lokale Agenda) maximal 11.500 €, ansonsten ein Ansatz in Höhe der Landeszuschüsse zur Verfügung gestellt wird. Dieser Teil des Antrages wird später zurückgezogen.

Hinsichtlich des Gutachtens bleibe der Antrag der F.D.P.-Fraktion bestehen mit der Maßgabe, dass, wenn die dafür zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichen, einen Ausgleich durch Standardreduzierungen an anderer Stelle zu schaffen.

Herr Sterzenbach erinnert daran, dass die 11.500 € komplett einer Landesförderung entspringen.

Auf Anfrage Herrn Wenzels erklärt Herr Schmickler, dass die Kosten in genauer Höhe im Rahmen der Vergabe geklärt werden.

Herr Ziffus hält daran fest, dass die Anträge seiner Fraktion in der heutigen Sitzung abgestimmt würden; Möglichkeiten zum Erhalt und einem anderweitigen Betrieb der Fluglärmmessstation sollen bis zur Sitzung des Finanzausschusses geprüft werden.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgende

Beschlüsse: 1. (mehrheitlich mit zwölf Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN gegen zwei Stimmen der F.D.P.-Fraktion und der Fraktion KIDitiative)

Der Antrag der F.D.P.-Fraktion zur Kürzung des Ansatzes für gutachterliche Untersuchungen wird abgelehnt.

2. (mehrheitlich mit elf Stimmen der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion gegen drei Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion KIDitiative)

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die Entscheidung über die Fluglärmmessstation in die Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses zu verschieben und eine anderweitige Trägerschaft über die Messstation zu prüfen, wird abgelehnt.

3. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN (**TOP A 20 der Einladung**) wird in seinen einzelnen Punkten wie folgt abgestimmt:

a. (mehrheitlich mit 13 Stimmen der CDU-Fraktion und aus der SPD-Fraktion bei drei Enthaltungen der F.D.P.-Fraktion, der Fraktion KIDitiative und aus der SPD-Fraktion gegen zwei Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Der Antrag zur Beschleunigung der Gewässersanierungsplanung wird abgelehnt.

b. (mehrheitlich mit zehn Stimmen der CDU-Fraktion gegen acht Stimmen der übrigen Fraktionen)

Der Antrag zur Wiederaufnahme des Pflege- und Gesundheitsprogramms für stadtbildprägende Bäume wird abgelehnt.

c. (mehrheitlich mit elf Stimmen der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion gegen drei Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion KIDitiative)

Der Antrag zur stärkeren Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die Aktivitäten des Umweltschutzes wird abgelehnt.

d. (mehrheitlich mit 14 Stimmen der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion bei zwei Enthaltungen der F.D.P.-Fraktion und der Frak-

tion KIDitiative gegen zwei Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Der Antrag zur Umsetzung des „Freiraumkonzeptes Innenstadt Bergisch Gladbach“ wird abgelehnt.

- e. (mehrheitlich mit elf Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion KIDitiative gegen sieben Stimmen der übrigen Fraktionen)

Der Antrag zur Errichtung eines Recyclinghofes wird abgelehnt.

- f. (mehrheitlich mit 15 Stimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion gegen drei Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion KIDitiative)

Der Antrag zur vorzeitigen Umstellung des Regenwassergebührenmaßstabes wird abgelehnt.

- g. (mehrheitlich mit 15 Stimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion gegen drei Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion KIDitiative)

Der Antrag zum Programm zur Förderung der Entsiegelung privater Flächen wird abgelehnt.

- h. (mehrheitlich mit elf Stimmen der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion bei fünf Enthaltungen der SPD-Fraktion und der Fraktion KIDitiative gegen zwei Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Der Antrag zur Forcierung des effektiveren Hochwasserschutzes wird abgelehnt.

4. (mehrheitlich mit elf Stimmen der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion bei der Enthaltungen der SPD-Fraktion gegen drei Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion KIDitiative)

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 18.02.2003 u. a. zum Verzicht auf weitere Gutachten zur Anbindung an das Merheimer Kreuz (**TOP A 18 der Einladung, Punkt 3 des Antrages**) wird abgelehnt.

5. (mehrheitlich mit 16 Stimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN bei einer Enthaltung der F.D.P.-Fraktion gegen eine Stimme der Fraktion KIDitiative)

Der Antrag der Fraktion KIDitiative zum vorläufigen Verzicht auf die

Überdachung der Stadtpergola des Busbahnhofs (**TOP A 22 der Einladung**) wird abgelehnt.

6. (mehrheitlich mit 15 Stimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion gegen zwei Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN bei einer Enthaltung der Fraktion KIDitiative)

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr berät die nachstehend aufgeführten Ansätze entsprechend dem Haushaltsplanentwurf/Haushaltsbuchentwurf 2003 unter Berücksichtigung der Eckpunkte des Haushaltssicherungskonzeptes und leitet sie in der vorgestellten Fassung einschließlich der vorgetragenen Änderung zur weiteren Beratung an den Finanz- und Liegenschaftsausschuss weiter.

Nach kurzer Diskussion verzichtet Herr Dr. Fischer für die F.D.P.-Fraktion auf eine Abstimmung seines Antrages zu **TOP A 21 der Einladung**.

10 Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Stadtgrün Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2003

Herr Sterzenbach erläutert die Vorlage.

Herr Waldschmidt erklärt, aus dem Beschlussvorschlag sei nicht ersichtlich, dass mit dem Wirtschaftsplan über die Eckpunkte des Haushaltssicherungskonzeptes befunden werde.

Herr Sterzenbach ist der Auffassung, dass mit einem Beschluss des Wirtschaftsplanes auch die Zustimmung zu den Eckpunkten des Haushaltssicherungspapiers verbunden sei, soweit sie ihren Niederschlag im Wirtschaftsplan finden würden. Die endgültige Entscheidung fälle dann der Rat.

Herr Schäfer kritisiert für die SPD-Fraktion, dass die Verwaltung die Maßnahme „Kahnweiher“ laufend verzögert. Er möchte wissen, wie sich die ökologische Qualität am Kahnweiher negativ verändere, wenn diese Maßnahme wiederum um einige Jahre verschoben würde und ob diese Verschiebung zu Mehrkosten führe.

Herr Sterzenbach setzt die Gründe für die Verzögerung als bekannt voraus. Die Verwaltung beabsichtige keine weitere Verzögerung; vielmehr habe sie alle erforderlichen Schritte eingeleitet. Werde die finanzielle Ermächtigungsgrundlage geschaffen, werde die Maßnahme auch weiterhin wie erforderlich weitergeführt.

Frau Ryborsch kritisiert die missverständliche Ausdrucksweise der Verwaltung. Durch die Formulierungen in der Vorlage würden die Eckpunkte des Haushaltssicherungskonzeptes mit beschlossen.

Sie könne sich nicht vorstellen, wie die beabsichtigten Grundstücksverkäufe im Eigenbetrieb Stadtgrün erfolgen sollten. Es passe nicht zusammen, einerseits für das laufende Jahr ein Konzept für die Vorstellung von Maßnahmen anzukündigen, andererseits in der Vorlage konkrete Einsparungen vorzuschlagen.

Weiterhin verweist sie auf die schlechte Pflege städtischer Flächen durch Privatunternehmen. Gleichzeitig habe der Betrieb in einer der vorangegangenen Sitzungen dargestellt, er könne die städtischen Flächen selbst auch wirtschaftlich pflegen.

Insgesamt halte sie die Vorlage nicht für zustimmungsfähig.

Hinsichtlich der in die Wirtschaftspläne eingeflossenen Komponenten aus dem Haushaltssicherungskonzept sieht Herr Schmickler keine Widersprüche zwischen den Äußerungen Herrn Sterzenbachs und Frau Ryborschs. Die Qualität der Pflege sei ein vom Wirtschaftsplan getrenntes Thema. Eine weitere Reduzierung der Pflegestandards halte er nicht für sinnvoll. Er sehe daher keine Alternative dazu, Flächen ganz aus der städtischen Pflege zu nehmen.

Herr Dr. Fischer spricht sich für die F.D.P.-Fraktion dafür aus, den Zuschuss für den Eigenbetrieb Stadtgrün für die Folgejahre nicht mehr zu erhöhen. Bis 2007 könnten etwa 500.000 € eingespart werden. Er möchte wissen, ob der Betrag in Höhe von geschätzt 620.000 € für den Platz zwischen Laurentiuskirche und Buchmühle tatsächlich nicht in den Wirtschaftsplänen auftauche. Seine Fraktion spreche sich gegen eine Umgestaltung dieses Platzes aus.

Weiterhin beantragt er, die Anlage des Spielplatzes Am Rothfeld zu verschieben. In der Umgegend seien hinreichend Grünanlagen vorhanden, sodass die Anlage eines Spielplatzes nicht zwingend erforderlich sei.

Herr Schmickler sieht keine realistische Möglichkeit, ohne konkrete Vorschläge angesichts des ohnehin schon geringen Pflegestandards zu einer Einsparung von 500.000 € zu kommen.

Die 620.000 € für die Buchmühle wurden tatsächlich herausgenommen, wobei es sich bei dem Gelände nicht um den Parkplatz Buchmühle handele, sondern um den Bereich zwischen Laurentiuskirche und Restaurant Rosengarten sowie der Baugrube für die Regenwasser-Pumpstation. Die vorgesehene Umgestaltung sei kein zwingendes Vorhaben und wurde daher zurückgestellt.

Der Spielplatz Am Rothfeld sei als Maßnahme eines Bebauungsplanes festgesetzt worden.

Herr Ziffus hält die Herausnahme der Fläche hinter der Laurentiuskirche für problematisch, da es in den nächsten Jahren sehr auf eine städtebauliche Verbesserung der oberen Hauptstraße zu verbessern. Angesichts der geplanten Maßnahmen im Bereich der unteren Hauptstraße müsste einem drohenden Niedergang der oberen Hauptstraße entgegengewirkt werden.

Die Idee, einzelne Schulen aus der Grünpflege herauszunehmen, halte er für falsch. An seiner Schule sei davon eine Sportwiese betroffen, die zwingend mit großem technischen Aufwand gemäht werden müsse.

Da seine Fraktion einigen Punkten der Vorlage zustimmen könne, beantragt er für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN getrennte Abstimmung.

Herr Sterzenbach weist darauf hin, dass die Maßnahme „Parkplatz“ Buchmühle allein in den Wirtschaftsplan Verkehrsflächen falle und daher bei einer getrennten Abstimmung dort abzustimmen sei. Dem Eigenbetrieb Verkehrsflächen stünden für Anpassungen im Bereich Buchmühle 60.000 € zur Verfügung (S. 48 der Einladung).

Hinsichtlich der Grünunterhaltung an Schulen sei der Fachbereich 4 Auftraggeber für den Eigenbetrieb Stadtgrün. Den einzelnen Schulen sei im Rahmen der Vorbereitung ermöglicht worden, Schwerpunkte zu setzen. Es seien aber keine Schulen komplett aus der Pflege herausgenommen worden.

Herr Wolfgarten stimmt für die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zu. Dies beinhalte auch die Punkte 7.3 und 9.2 (Auswirkungen Haushaltssicherungskonzept).

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgende

Beschlüsse: 1. (mehrheitlich mit 15 Stimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion KIDitiative bei zwei Enthaltungen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN gegen eine Stimme der F.D.P.-Fraktion)

Der Antrag Herrn Dr. Fischers zum Spielplatz Am Rothfeld wird abgelehnt.

2. (mehrheitlich mit 14 Stimmen der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion bei zwei Enthaltungen der F.D.P.-Fraktion und der Fraktion KIDitiative gegen zwei Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN auf Verschiebung der Reduzierung des Betriebskostenzuschusses Verkehrsflächen wird abgelehnt.

3. (mehrheitlich mit 15 Stimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion KIDitiative bei zwei Enthaltungen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN gegen eine Stimme der F.D.P.-Fraktion)

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach, den Wirtschaftsplan des Betriebes „Stadtgrün Bergisch Gladbach“ der Stadt Bergisch Gladbach für das Jahr 2003 in der dem Rat am 16.01.2003 vorgestellten Fassung einschließlich der im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 20.03.2003 zur Beratung vorgelegten Änderungen zu beschließen.

11 Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2003

Herr Waldschmidt weist darauf hin, dass im Vermögensplan für die Unterquerung Schnabelsmühle 80.000 € angesetzt würden. Dieser Vorschlag sei in einer vorangegangenen Sitzung im Zusammenhang mit einer beabsichtigten Aufstockung des Parkdecks Schnabelsmühle gemacht worden, um leichter einen Investor zu finden. Die SPD-Fraktion halte dies für eine versteckte Subvention. Angesichts der derzeitigen Haushaltslage beantrage er die Streichung dieser Maßnahme.

Herr Schmickler stellt klar, dass alleiniger Anlass dieses Vorschlages die langjährige Diskussion einer besseren Anbindung des Parkdecks an die Innenstadt Bergisch Gladbach gewesen sei. Die Unterführung werde von vielen, insbesondere Frauen, als gefährlich angesehen.

Herr Wolfgarten erklärt, die CDU-Fraktion stimme dem Wirtschaftsplan mit einer Ergänzung zu: Eine völlige Streichung des Parkdecks Schnabelsmühle werde von seiner Fraktion abgelehnt. Durch eine völlige Streichung sei die Maßnahme im Rahmen einer Haushaltssicherung nicht mehr durchzuführen. Der Ansatz für die Unterquerung solle entweder geringfügig erhöht oder so gesplittet werden, dass ein kleiner Betrag als Erinnerungsposten „Planungskosten Aufstockung Schnabelsmühle“ im Haushalt verbleibe. Die Verwaltung solle weiterhin nach alternativen – auch fremden – Parkflächen suchen.

Herr Schmickler sagt zu, aus den 80.000 € einen kleinen Betrag als Merkposten zu splitten. Die Aufgabe der Weiterentwicklung der Parkraumsituation bleibe bestehen. Firmen würden nur sehr schwer die weitere Entwicklung der Parkraumsituation in Bergisch Gladbach abschätzen können. Dies habe die bisherigen Verhandlungen erschwert. Mit den ausstehenden Einzelhandelsprojekten würden zusätzliche Parkflächen in einem noch nicht genau bekannten Umfang entstehen. Auch im Rahmen einer Haushaltssicherung seien Kredite unproblematisch, wenn sich das Vorhaben rentiere.

Frau Ryborsch verweist darauf, dass sich das Interesse am Parkdeck angesichts steigender Parkgebühren möglicherweise anders entwickle als von Herrn Schmickler dargestellt. Der Tunnel erfordere dringende Maßnahmen. Hierzu gebe es ein Landesprogramm zur Beseitigung von Angsträumen, aus dem Fördergelder zur Verfügung gestellt werden können.

Ihre Anfrage zur Reduzierung der Beleuchtung erklärt Herr Schmickler, dass dies nicht die Reparatur defekter Leuchten betreffe. Vielmehr sollte lediglich auf die Errichtung zusätzlicher Leuchten verzichtet werden. Selbst wünschenswerte Ergänzungen der Straßenbeleuchtung seien nicht mehr realisierbar. Daher würde an einem neuen Konzept der Straßenbeleuchtung gearbeitet. Dies betreffe einen Verkauf und eine Optimierung des Beleuchtungsnetzes.

Herr Dr. Fischer erklärt, die F.D.P.-Fraktion halte die bisherigen Einsparungen im Eckpunktepapier nicht für ausreichend. Daher schlage seine Fraktion vor, mittelfristig die Zuschüsse der Stadt einzufrieren, was bis 2007 zu einer Einsparung von etwa 1,4 Mio. € bedeute. Davon ausgenommen seien die Zuweisungen durch den Abfallwirtschaftsbetrieb, die für 2005 und 2006 eher zu niedrig angesetzt worden seien.

Geprüft werden müsse auch, ob zur Verbesserung der Liquidität z. B. Abschlagszahlungen, Vorschüsse oder ähnliches auf Straßenbaubeiträge erhoben werden könnten. Er möchte wissen, wie groß der zeitliche Unterschied zwischen Straßenausbau und Beitragserhebung sei.

Abschließend hält er es für schwer nachvollziehbar, wie hoch die tatsächlichen Kosten einer Straßenbaumaßnahme wären. Die Refinanzierungskosten würden nur pauschal angegeben. Auch die Kosten für öffentliche Grundstücke bleibe unklar.

Herr Hardt verweist zunächst darauf, dass die Höhe der Zuwendungen zur Straßenentwässerung mit 2,3 Mio. € noch nicht feststünden. Dieser Betrag müsse evtl. noch erhöht werden.

Die Vorfinanzierung erfolge bereits bei den Maßnahmen nach BauGB. Die endgültige Abrechnung erfolge unmittelbar nach Eingang der letzten Rechnung. Abschläge würden mit Baubeginn erhoben; Differenzen könnten verzinst werden. Hinsichtlich der Refinanzierungskosten werde er sich zukünftig bei den Einzelmaßnahmen um detaillierte Rechnungen bemühen.

Herr Bertram ergänzt zum Anteil der Straßenentwässerung, dass im Wirtschaftsplan des Abwasserwerkes eine angemessene Steigerung berücksichtigt worden sei. Dies werde auf den Wirtschaftsplan Verkehrsflächen übertragen und solle mit beschlossen werden.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgende

Beschlüsse: 1. (mehrheitlich mit 13 Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis

90/DIE GRÜNEN und der Fraktion KIDitiative bei einer Enthaltung der F.D.P.-Fraktion gegen vier Stimmen der SPD-Fraktion)

Der Antrag der SPD-Fraktion, die Mittel für die Zuwegung Schnabelsmühle zu streichen, wird abgelehnt.

2. (mehrheitlich gegen vier Stimmen der SPD-Fraktion)

Der Antrag der CDU-Fraktion, als Merkposten für die Planung der Aufstockung des Parkdecks Schnabelsmühle aus dem vorhandenen Ansatz einen Betrag vorzusehen, wird angenommen.

3. (einstimmig bei vier Enthaltungen der SPD-Fraktionen)

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach, den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach“ für das Jahr 2003 in der dem Rat am 15.01.2003 vorgestellten Fassung einschließlich der im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 20.03.2003 zur Beratung vorgelegten Änderungen zu beschließen.

**12 Straßenbauprogramm 2002/2003 (Deckenbaumaßnahmen)
hier: Schlodderdicher Weg, Cederwaldstraße, Cederstraße**

Herr Hardt erläutert die Vorlage.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beschließt die Fahrbahnerneuerung in folgenden Straßen

- Schlodderdicher Weg zwischen Am Dännekamp und Gierather Straße
- Cederwaldstraße und Cederstraße

13 Wirtschaftsplan des Abwasserwerks für das Wirtschaftsjahr 2003

Herr Waldschmidt beantragt eine Sitzungsunterbrechung sowie die Vertagung des mündlichen Vortrages zum Top B 5.

Im Ausschuss bestand Einvernehmen darüber, im Anschluss an diesen Tagesordnungspunkt die Sitzung für zehn Minuten zu unterbrechen.

Herr Dr. Fischer schlägt für die F.D.P.-Fraktion die Streichung des Projektes Kahnweiher vor. Zur Begründung verweist er auf die zukünftig steigenden Abwassergebühren. Seine Fraktion bezweifle, dass die Kosten des Projektes in einem sinnvollen Verhältnis zum Nutzen stünden.

Seine Fraktion möchte außerdem eine völlige Schließung der Toilettenanlage Bensberg vermeiden. Er erbitte daher den Vorschlag einer Alternativlösung z. B. in Zu-

sammenarbeit mit der IG Bensberger Handel.

Herr Waldschmidt erinnert daran, dass es sich beim Projekt Kahnweiher um eine Ausgleichsmaßnahme handele, zu deren Umsetzung die Stadt verpflichtet sei.

Dies wird von Herrn Sterzenbach bestätigt; es handele sich um eine Ausgleichsmaßnahme eines inzwischen umgesetzten Bebauungsplanes. Die eingegangene Selbstbindung des Rates könne zwar aufgehoben werden. Dann müsste aber eine andere Ausgleichsmaßnahme beschlossen werden. Die Auswirkungen der Maßnahme auf die Gebühren halte er für nur gering, da die anfallenden Kosten nur teilweise auf die Gebühren umgelegt würden.

Den Vorschlag Herrn Dr. Fischers greife die Verwaltung auf; wegen des Zustandes des Gebäudes rechne er jedoch bei der Umsetzung mit Schwierigkeiten.

Herr Wolfgarten spricht sich für die CDU-Fraktion für den Beschlussvorschlag aus und schließt in diese Zustimmung ausdrücklich die Schließung der Toiletten und die Anpassung der kalkulatorischen Verzinsung im Abwasserwerk ein. Gleichwohl könne die Verwaltung Alternativlösungen für die Toilettenanlage erarbeiten.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach, den Wirtschaftsplan des Abwasserwerkes der Stadt Bergisch Gladbach für das Jahr 2003 in der dem Rat am 16.01.2003 vorgestellten Fassung einschließlich der im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 20.03.2003 zur Beratung vorgelegten Änderungen zu beschließen.

Die Sitzung wird von 19.59 Uhr bis 20.11 Uhr unterbrochen.

14 Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes für das Wirtschaftsjahr 2003

Herr Kremer schlägt nach Absprache mit Herrn Schmickler und Herrn Sterzenbach vor, den zurückgezogenen Vortrag Frau Nolls – der etwa 30 Minuten dauert – zu Beginn der nächsten Sitzung, am 15.05., nachzuholen. Die Sitzung beginnt dann um 16.30 Uhr mit einem nichtöffentlichen Teil.

Gegen diese Vorgehensweise bestanden im Ausschuss keine Bedenken.

(Mitteilung des Schriftführers: Nach Einschätzung der Verwaltung sollten für den Vortrag und eine Erörterung eine knappe Stunde zur Verfügung stehen, sodass der öffentliche Teil der Sitzung um 17.30 Uhr beginnt.)

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach, den Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach für das Jahr 2003 in der dem Rat am 15.01.2003 vorge-

stellten Fassung zu beschließen.

15 Erlass der III. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Kommunalabgabengesetz (KAG NRW) für straßenbauliche Maßnahmen in der Stadt Bergisch Gladbach

Herr Wolfgarten verweist auf den Antrag seiner Fraktion, der als Tischvorlage verteilt wurde. Bergisch Gladbach bewege sich, bezogen auf die Anteile der Anlieger, im Mittelfeld. Im Hinblick auf die Haushaltssicherung sehe die CDU-Fraktion die Notwendigkeit, den Anteil der Beitragspflichtigen wie in der Vorlage beschrieben zu erhöhen. Seine Fraktion stimme der Vorlage daher zu.

Frau Kreft verweist auf das Schreiben des Städte- und Gemeindebundes, in dessen zweitem Absatz dargelegt werde, aus Gründen der Rechtssicherheit werde regelmäßig nicht die Grenze von 80 % erreicht. Sie möchte wissen, wie dieses Schreiben zu verstehen sei.

Hierzu erklärt Herr Sterzenbach, Frau Kreft habe den Inhalt zutreffend widergegeben. Der Verfasser des Schreibens empfehle aber auch, den Beitragssatz z. B. im Bereich der Nebeneinrichtungen zu Anliegerstraßen einzuhalten. Die Verwaltung habe durchgehend eine Erhöhung um 20 % vorgeschlagen. In Hauptgeschäftsstraßen sei der Vorteil für die Anlieger aber mindestens ebenfalls so hoch wie in Anliegerstraßen. Diese Regelung sei verwaltungsintern geprüft worden; sie sei rechtlich vertretbar.

Herr Dr. Fischer erklärt, die F.D.P.-Fraktion folge im Prinzip dem Beschlussvorschlag. Er beantrage jedoch, für die Fahrbahnen der Hauptverkehrsstraßen den Satz auf 10 % zu reduzieren. Seine Fraktion sei der Auffassung, Schäden an diesen Fahrbahnen würden hauptsächlich durch Schwerlastverkehr verursacht; es sei daher unbillig, die Anlieger mit 30 % zu belasten.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgende

Beschlüsse: 1. (mehrheitlich mit 16 Stimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN gegen zwei Stimmen der F.D.P.-Fraktion und der Fraktion KIDinitiative)

Der Antrag der F.D.P.-Fraktion, den Satz für Fahrbahnen von Hauptverkehrsstraßen auf 10 % zu reduzieren, wird abgelehnt.

2. (einstimmig bei einer Enthaltung der F.D.P.-Fraktion)

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat den Erlass der III. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen in der Stadt Bergisch Gladbach in der Fassung der Vorlage.

16 Parkraumbewirtschaftung

Herr Widdenhöfer erläutert die Vorlage.

Herr Wolfgarten erklärt die Zustimmung der CDU-Fraktion zu der Vorlage. Besonders begrüße er die Beibehaltung der freien Viertelstunde für Kurzzeitparker. Den Misserfolg beim Tagesticket führe er darauf zurück, dass der Parkplatz am ehemaligen Güterbahnhof relativ weit von der S-Bahnstation weg sei. Angesichts der vorgesehenen Ausweitung des Tagestickets prinzipiell auf das gesamte Stadtgebiet beantrage er die Beibehaltung des Preises von 5 €. Dieser Preis stelle bereits eine erhebliche Ermäßigung dem neuen Tarif gegenüber dar.

Herr Wenzel begrüßt die Vorlage für die Fraktion KIDitiative ebenfalls, da sich seine Fraktion von den vorgeschlagenen Maßnahmen auch eine stärkere Nutzung des ÖPNV verspreche. Er beantragt im Hinblick auf das geänderte Ladenschlussgesetz die Verlängerung der gebührenpflichtigen Parkzeiten samstags bis 16.00 Uhr. Die Problematik mit der Schlossberggarage führe er darauf zurück, dass am Schlosscenter eine Stunde lang kostenfrei geparkt werden könne. Hier wolle er einen Erfahrungsbericht abwarten.

Auf das Tagesticket könne durch eine Zusatzbeschilderung an den Parkplatzschildern hingewiesen werden. Der Preis von 5 € sei aber angemessen.

Herr Widdenhöfer erklärt dies sei nicht zulässig, sagt aber auf Nachfrage zu, die Zulässigkeit eines entsprechenden Zusatzschildes zu prüfen.

Herr Waldschmidt kann für die SPD-Fraktion nachvollziehen, dass die zusätzlichen Mehreinnahmen in der genannten Höhe erzielt werden müssen. Er habe aber Bedenken, ob diese Zahlen realistisch seien. Zu einer Belegung der Parkplätze von 50 % gebe es keine Erfahrungswerte. Außerdem müsse konsequent kontrolliert werden. Dies werde aber von einigen Fraktionsmitgliedern nach deren bisherigen Erfahrungen bezweifelt.

Er verweist auf den verkehrslenkenden Charakter der Parkgebühren. Zur Vermeidung von Parksuchverkehr beantragt er, von einem generellen Verzicht auf zwei Parkzonen abzusehen. Die Ausdehnung der Zone 1 sei durchaus diskussionswürdig, aber z. B. der Johannisplatz sei nicht sinnvoll so zu bewirtschaften wie ein Parkplatz unmittelbar in der Innenstadt. Eine kostenneutrale Regelung sei durch eine stärkere Überwachung und durch eine Ausdehnung der Gebührenpflicht bis 19.00 Uhr möglich. Notfalls könne auch die freie Viertelstunde völlig abgeschafft werden.

Die Vorlage werde im Übrigen von seiner Fraktion mitgetragen; den Antrag der CDU-Fraktion, das Tagesticket für 5 € anzubieten, unterstütze er.

Frau Ryborsch begrüßt für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Vorlage und unterstützt ebenfalls den Antrag, für das Tagesticket 5 € zu verlangen. Sie sehe aber auch die Möglichkeit, die Gebührenpflicht werktags auf die Zeit bis 19.00 Uhr und samstags bis 16.00 Uhr auszudehnen.

Herr Wolfgarten spricht sich gegen eine Ausdehnung der Parkzeiten über 18.00 Uhr hinaus aus, um dem Einzelhandel nicht gänzlich die Luft abzuschneiden. Er befürworte die Einführung einer einheitlichen Gebührenzone, da es ihm nicht einleuchte, dass jemand - auch gegen eine geringere Gebühr - auf dem Johannisplatz parke, wenn er in der Innenstadt einkaufen wolle. Er verweist darauf, dass die Verwaltung einen Erfahrungsbericht zum Jahresende angeboten habe: dann könnten immer noch Korrek-

turen erfolgen.

Herr Widdenhöfer weist darauf hin, dass es unzulässig sei, auf Verkehrszeichen auf das Tagedicket hinzuweisen. Von einer Ausweitung der Parkzeiten rät er insbesondere für die Samstage ab. An Samstagen leere sich ab 14.00 Uhr die Innenstadt beträchtlich. Ähnliches gelte auch für Werkstage. Bei den erwarteten Einnahmen und der Parkplatzbelegung handele es sich in der Tat um Spekulationen; ob diese zuträfen, müsse sich erst erweisen. In der Nähe des Johannisplatzes gebe es attraktive Einkaufsmöglichkeiten, sodass dort höhere Parkgebühren gerechtfertigt wären. Die Zoneneinteilung sei aber eine Frage der Abwägung, wenngleich er sich für eine einheitliche Zone ausspreche.

Herr Schneeloch hält am Beispiel der Straße Moitzfeld nicht jede erforderliche Investition für sinnvoll. Die zu erwartenden Einnahmen an dieser Straße würden die Ausgaben für die Parkscheinautomaten voraussichtlich nicht decken.

Herr Dr. Fischer stimmt für die F.D.P.-Fraktion der Vorlage ebenfalls zu. Hinsichtlich der vorgeschlagenen Erhöhung des Preises für das Tagedicket werde er sich der Stimme enthalten.

Herr Ziffus erinnert an die bereits beschlossene Einführung eines Parkleitsystems. Die Zusammenlegung der beiden Zonen könne sich als problematisch erweisen.

Herr Jung verweist darauf, dass das Parkleitsystem von der Schaffung von Ersatzparkplätzen z. B. durch die Aufstockung des Parkdecks Schnabelsmühle abhängig gemacht worden sei.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgende

Beschlüsse: 1. (einstimmig)

Die gebührenpflichtige Zeit wird montags bis freitags auf 18.00 Uhr verlängert.

2. (mehrheitlich gegen eine Stimme der Fraktion KIDitiative)

Die gebührenpflichtige Zeit wird samstags auf die Zeit von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr verlängert.

3. (einstimmig)

Das kostenlose Parken an den verkaufsoffenen Samstagen vor Weihnachten wird abgeschafft.

4. (mehrheitlich mit zwölf Stimmen der CDU-Fraktion, der F.D.P.-Fraktion und der Fraktion KIDitiative)

Der Antrag der SPD-Fraktion, die gebührenfreie Viertelstunde völlig abzuschaffen, wird abgelehnt.

5. (einstimmig)

Die Regelung über die gebührenfreien 15 Minuten findet zukünftig nicht mehr generelle Anwendung, sondern nur noch auf das tatsächliche Kurzzeitparken.

6. (einstimmig)

Die unter Ziffer D II aufgeführten blauen Zonen werden in die Gebührenpflicht aufgenommen.

7. (einstimmig)

Die unter Ziffer D III bezeichneten Parkflächen werden in die Gebührenpflicht aufgenommen.

8. (einstimmig)

von Für alle bewirtschafteten Parkflächen wird eine einheitliche Gebühr
0,50 € je angefangene halbe Stunde erhoben.
Die Verwaltung wird prüfen, ob sich die Aufhebung der Zoneneinteilung als zweckmäßig erweist und das Prüfergebnis im Erfahrungsbericht vorstellen.

9. (einstimmig bei einer Enthaltung der F.D.P.-Fraktion)

Der Antrag der CDU-Fraktion, den Preis für das Tagesticket auf 5 € festzusetzen, wird angenommen.

10. (einstimmig)

Die unter Buchstabe F der Vorlage genannten Ausnahmen zum Tagesticket werden genehmigt.

11. (einstimmig)

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach, unter Beachtung der vorangegangenen Beschlüsse die Parkgebührenordnung in der Fassung der Vorlage zu beschließen.

17 **Abschluss einer Abstimmungsvereinbarung mit der Duales System Deutschland AG (DSD AG)**

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Dem Abschluss einer Abstimmungsvereinbarung mit der DSD AG entsprechend dem

als Anlage beigefügten Entwurf wird zugestimmt.

18 Abfallmengenstatistik 2002

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

19 Anträge der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 18.02.2003 u. a. zum Verzicht auf weitere Gutachten zur Anbindung an das Merheimer Kreuz

Diese Vorlage wurde gemeinsam mit TOP A 9 behandelt.

20 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 20.02.2003 zur Errichtung einer Geschwindigkeitsmessenanlage „In der Auen“

Frau Ryborsch begründet den Antrag ihrer Fraktion und erklärt, sie halte fest installierte Messanlagen für besser als mobile Anlagen.

Herr Widdenhöfer erinnert daran, dass die Stadt ihre Befugnisse hinsichtlich der Geschwindigkeitsmessungen auf den Kreis übertragen habe. Grundsätzlich sei er froh, dass es wieder eine Rechtsgrundlage für Messungen gebe. Der Kreis habe seine Messungen in der Straße In der Auen seinerzeit wegen der fehlenden Rechtsgrundlage eingestellt. Polizei und Kreis hätten zugesagt, nach der Änderung der Beschilderung mit ihren mobilen Anlagen dort zu messen. Damit hielte er den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN für erfüllt.

Herr Wolfgarten teilt für die CDU-Fraktion die Auffassung der Verwaltung. Die Standorte der Starenkästen seien hinlänglich bekannt; überraschende Messungen wären nur durch mobile Anlagen möglich.

21 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 24.02.2003 zum Haushaltsentwurf 2003

Dieser Antrag wurde gemeinsam mit TOP A 9 behandelt.

22 Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 17.02.2003 zur Kosteneinsparung am Busbahnhof Bergisch Gladbach

Dieser Antrag wurde gemeinsam mit TOP A 9 behandelt; auf eine Abstimmung wurde seitens der F.D.P.-Fraktion verzichtet.

23 Antrag der Fraktion KIDitiative ohne Datum, eingegangen am 11.03.2003, zum vorläufigen Verzicht auf die Überdachung der Stadtpergola des Busbahnhofs

Dieser Antrag wurde gemeinsam mit TOP A 9 behandelt.

Herr Wenzel:

1. In Herkenrath werden im Bereich Grünenbäumchen/Im Fronhof die Bürgersteige in Raten gereinigt. Die Reinigung im Bereich der Grünfläche erfolgt zuletzt. Kann dies nicht in einem erfolgen, da die Straßen Grünenbäumchen und Im Fronhof sowieso fast gleichzeitig gereinigt werden? Mir ist unverständlich, dass der Split nur entlang der Grünfläche länger liegen bleibt.

2. Wer bezahlt die sehr ansprechende Bepflanzung am letzten Stück der Schlossstraße (beiderseits) zum Schloss hoch?

Herr Dr. Fischer:

Vor einiger Zeit hat die F.D.P.-Fraktion einen Antrag eingebracht, der offensichtlich mit einiger Zeitverzögerung ankam. Er kam nur deswegen auf die Tagesordnung, weil wir ihn parallel zur Verwaltung geschickt haben. Das ist mit unserem Antrag für die heutige Sitzung wieder passiert. Dieser wurde am 24.02. in den Postkasten gesteckt. Vorsichtshalber habe ich ihn der Verwaltung später nochmals als Fax zugeschickt. Dieses Fax ist Grundlage der heutigen Vorlage. Soll die F.D.P.-Fraktion solche Anträge in Zukunft immer an die Verwaltung schicken? Oder wie verfahren wir in Zukunft?

Der Vorsitzende, Herr Kremer, schlägt vor, dies Anträge parallel zu verschicken. Dies werde von seiner Fraktion auch so gehandhabt. Warum der ursprüngliche Antrag nicht angekommen sei, könne er nicht sagen. Von der Geschäftsstelle seiner Fraktion würden Anträge normalerweise sofort weitergeleitet.

Frau Ryborsch:

Die Bürgermeisterin hat der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rahmen ihrer Haushaltsplanberatungen gesagt, die Verwaltung hätte es schriftlich, den im Rahmen des CBL erzielten Barwertvorteil im allgemeinen Haushalt zu veranschlagen. Stimmt dies? Wenn dies stimmt, stellt uns die Verwaltung dieses Schreiben des Innenministeriums zur Verfügung?

Herr Jung:

Ich erinnere an meine Anfrage zur Querungshilfe in Höhe des Weißenberger-Baus an der Mülheimer Straße. Ich hatte darum gebeten, die Leuchte unmittelbar an dieser Querungshilfe mit einer helleren Röhre zu versehen. Bislang ist dort nichts geschehen. Eine Antwort habe ich auch nicht bekommen.

Herr Hardt erinnert daran, dass er seinerzeit eine Prüfung zugesagt habe. Für den Fall, dass keine Antwort erfolge, sei die Prüfung positiv verlaufen. Er habe auch einen Auftrag in dieser unterschrieben und gehe daher davon aus, dass die Angelegenheit erledigt sei. Er werde der Sache aber nachgehen.

(Anmerkung des Schriftführers: Die Belkaw hat auf Anfrage nach der Sitzung bestä-

tigt, dass der Auftrag dort vergessen worden sei; die Leuchte sei in der 14. KW ausgetauscht worden.)

Der Vorsitzende, Herr Kremer, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21.12 Uhr.